Nr. 310 • Ausgabe B Nr. 141
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 310

Abend-Ausgabe

Mittwoch, 9. Juli 1919
48. Jahrgang

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Ratifizierung des Friedensvertrages.

Die Abstimmung in Weimar.

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

E. D. Weimar, 9. Juli.

Die namentliche Abstimmung ergab: Abgegeben wurden 323 Stimmen, 208 mit Ja, 115 mit Nein (insgesamt umfaßt das Haus 421 Abgeordnete). Es haben sich also annähernd 100 nicht an der Abstimmung beteiligt. Damit war die Ratifizierung angenommen. Heute nachmittag 3 Uhr wird mit der ersten Lesung der Steuervorlagen fortgefahren werden.

10¼ Uhr ertönt das Glockenzeichen. Nach einigen kurzen, geschäftlichen Mitteilungen des Präsidenten Fehrenbach beginnt die erste Beratung der Ratifizierungsvorlage. Der Minister Hermann Müller leitet die Debatte mit einer kurzen, wirkungsvoll aufgebauten Rede ein. Wen wir den Friedensvertrag ratifizieren, **so bliebe dadurch der vor der Unterzeichnung erhobene Protest gegen die vertragsgewordene Vergewaltigung bestehen.** Trotzdem wärren wir den Vertrag bis zum äußersten erfüllen. **Ein vierzigjähriger Marsch durch die Wüste beginne.** Die Ratifizierung sei der erste Schritt auf diesem Wege. Im übrigen dürfe man, da endlich die Aufhebung der Blockade bevorstehe, Politik nicht mehr auf Kosten von Menschenleben machen. Der Minister gedachte dann der Kriegsgefangenen, die jetzt unverzüglich zurückkommen müßten, dankte dem Roten Kreuz und fand herzliche Dankesworte an die Neutralen, die während des Krieges so viel Liebenswertes an deutschen Frauen, Kinder und Kriegsbeschädigten vollbracht haben.

Der Abgeordnete Kraetzig gab für die Mehrheitssozialdemokratie eine formulierte Erklärung ab: **Die Fraktion ist mit der Ratifizierung einverstanden, hält aber den Protest gegen den Gewalt- und Unrechtsfrieden aufrecht,** gegen die Annexion deutschen Landes unter Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes, und gelobt, daß die deutsche Sozialdemokratie die deutschen Brüder, die jetzt in einen anderen Staatsverband hineinzugehen gezwungen sind, nie vergessen würden. Die deutsche Sozialdemokratie würde dafür sorgen, daß diese Deutschen nicht zugrunde gehen. Im Namen des Zentrums gab der Abgeordnete Spahn eine ähnliche Erklärung ab. Zustimmung zur Ratifikation, Aufrechterhaltung des Protestes, Zusicherung, den Vertrag erfüllen zu wollen. Abgeordneter Schücking **lehnte im Auftrage der Demokratischen Partei die Ratifizierung ab** und fand dabei stark ergreifende Worte. Nie, sagte er, werden wir im Innern verzichten auf das staatliche Zusammengehörigkeitsgefühl mit den Millionen deutscher Volksgenossen die unter der Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechtes jetzt vom Deutschen Reiche losgelöst werden sollen. Sodann protestierte Schücking **gegen die Fernhaltung Deutschlands vom Völkerbunde** und **gegen den Raub der Kolonien.** Ferner appellierte er an die neutralen Länder und schloß mit den Worten: „Männer und Frauen in West und Ost bleibt deutsch!"

Die **Deutschnationale Volkspartei schickte Herrn Traub** vor, der die **Ablehnung der Ratifizierung** mit längeren Darlegungen begründete. Der Vertrag sei unerfüllbar. Nur müsse man sich hüten, anzunehmen, daß auch die Feinde ihn so auffaßten. Wir nehmen keinen Abschied von unseren Brüdern und Schwestern in Memel, in Danzig, in Posen, in Straßburg und in Eupen. Sollte man es wagen, die Hand an unsere besten Männer zu legen, so rufen wir: „Hand weg!" Die Wunde dieses Friedensschlusses wird nie vernarben und soll nie vernarben. Als Traub geendet, gab es auf den Tribünen einen demonstrativen Beifall. Der Präsident fuhr, erregt über das Händeklatschen, mit der Glocke dazwischen und drohte, die Tribünen räumen zu lassen. **Nun entstand im Hause neuer Lärm.** „Pfui!" rief ein Abgeordneter. Als der Präsident aber entrüstet fragte, wer diesen Zwischenruf gemacht habe, blieb man ihm die Antwort schuldig und so durften die Zuschauer aus den Tribünen verbleiben.

Nach Traub kommt der Abgeordnete Kahl zu Wort. Auch er spricht sichtlich bewegt namens der **Deutschen Volkspartei gegen die Ratifizierung.** „Wir werden unsere Kinder ermahnen, den Abscheu vor diesem Frieden von Geschlecht zu Geschlecht fortzupflanzen. Einen solchen Frieden lehnen wir heute und immerdar ab!"

Zuletzt kommt der Unabhängige Henke an die Reihe, welcher erklärt: **Nur unter dem Zwange der Gewalt sei seine Partei für die Ratifizierung.** Wenn wir auch dem Frieden förmlich zustimmen, so ändern wir doch in keiner Weise unser Urteil über das wahre Wesen des Friedens. Protest erhebe auch seine Partei gegen die Vergewaltigung von Millionen Deutscher. Der Friede sei rein imperialistisch. Nicht aus den Regierungen, sondern aus den Völkern müsse die Revision dieses Gewaltfriedens hervorgehen.

Die sämtlichen Abgeordneten von Westpreußen, Ostpreußen, Posen, Ober-, Mittel- und Niederschlesien ließen durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Winnig eine gemeinsame feierliche **Rechtsverwahrung gegen die Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung** abgeben. Eine ähnliche Rechtsverwahrung legte der Zentrumsabgeordnete Allekotte gegen die Loslösung und Trennung westdeutscher Gebiete vom Reiche ein. Der demokratische Abgeordnete Weißstein gab eine gleiche Erklärung im Namen der schleswigholsteinischen Bevölkerung ab. Der Friedensvertrag bedeute nicht eine Erfüllung des Selbstbestimmungsrechtes, sondern eine Verhöhnung und Verzerrung des Gedankens. Das Ergebnis der erzwungenen Abstimmung werde man niemals anerkennen . . .

Der Präsident Dr. Fehrenbach erinnert daran, daß ein deutscher Stamm nicht in der Lage ist, hier seine Stimme zum Protest zu erheben. Darum fühle er sich verpflichtet, es zu tun. Das Recht der freien Wahl, der freien Entscheidung hat man den **Elsaß-Lothringern** vorenthalten und sie durch einen Gewaltakt vom Deutschen Reiche gerissen. Wir würden ihnen die echte deutsche Brüderschaft für alle Zukunft bewahren.

Damit war die erste Lesung beendet. Als man zur zweiten Lesung schreiten wollte, ersuchte der demokratische Abgeordnete Schiffer um Unterbrechung der Verhandlungen auf eine viertel Stunde, um einen inzwischen eingegangenen deutschnationalen **Antrag** in der Fraktion besprechen zu können. Dieser lautet:

„Die gesetzgebende Nationalversammlung wolle beschließen, die Ratifikation vorzunehmen unter dem ausdrücklichen Vorbehalt 1. daß vor dem Inkrafttreten der Artikel 227 bis 230 von Lehrern des Völkerrechts von Ruf ein Gutachten darüber eingeholt wird, ob es nach den anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts zulässig oder üblich und gerechtfertigt erscheine, mit rückwirkender Kraft einen Gerichtshof zur Aburteilung vorhergegangener angeblicher Verstöße gegen das Völkerrecht einzusetzen und auf vorher noch nicht angedroht gewesenen Strafen zu erkennen; 2. daß im Interesse der Gerechtigkeit zur Untersuchung der Frage von der Schuld am Kriege ein neutraler Gerichtshof eingesetzt wird."

Um 12½ Uhr wird die Sitzung fortgesetzt. Der deutschnationale Antrag ist inzwischen von den Antragstellern selbst etwas abgeändert worden, nachdem in der Pause interfraktionelle Besprechungen stattgefunden haben. Der demokratische Abgeordnete Schiffer lehnt den Antrag ab, da er nur Verwirrung und Unklarheit schaffen wird. Stürmische Zustimmung in der Sozialdemokratie. Wir wollen nicht zurückgehen hinter das, was wir einmal beschlossen haben. Wir hatten es für unter unserer Würde, daß wir erst ein Sachverständigenurteil über die Gerechtigkeit des Friedensvertrages einholen. — Schon einmal haben wir uns einen Refus mit der Anregung eines internationalen Gerichtshofes geholt. Für das Zentrum sprach der Abgeordnete Gröber: Es sollte nach dem Antrage — nur unter einer Bedingung — der Friedensvertrag unterzeichnet werden. Eine Reservation könne es jetzt nicht mehr geben. Die Zeit sei vorbei. Er stimme den Schifferschen Ausführungen zu.

Der Abgeordnete Schultz-Bromberg von der Deutschnationalen Volkspartei erklärt erläuternd, daß seine Partei diesen Frieden ein für allemal ablehne, auch wenn der Antrag angenommen werden würde. (Großer Lärm, ironische Zurufe.) Der Antrag bedeute nur einen Schrei nach Gerechtigkeit ins Ausland. (Neue erregte Zurufe.)

Der Minister Müller bedauert, daß auch in dieser historischen Stunde Parteigezänke auf Veranlassung der Deutschnationalen entstanden seien. **Heute könne es nur ein Ja oder Nein geben.** Glaube denn die Rechte, daß, wenn der Ruf von Ihnen — zu den Deutschnationalen gewendet — komme, das Ausland ihm Gehör schenken würde? Das wäre die schlechteste Einleitung einer Revision des Friedensvertrages.

Der Abgeordnete Loebe wandte sich in überaus scharfen Worten gegen die Rechte. Das Haus geriet dabei in eine nicht geringe Erregung. „Sie tun dem Vaterland am besten, wenn Sie schweigen", rief er zum Schluß. Dr. Delbrück versuchte, das Verhalten der Deutschnationalen zu rechtfertigen. Hasse von der Unabhängigen Sozialdemokratie wies darauf hin, daß wir uns mitten in einer Tragödie befinden. Seine Partei lehne es daher ab, sich an einem Satyrspiel zu beteiligen. Dr. Heinze von der Deutschen Volkspartei lehnte ebenfalls den Deutschnationalen Antrag ab, da er nur den Taifestand verdunkeln würde.

Die Erörterung über den Artikel ist damit geschlossen. Die deutschnationale Abänderung wird gegen einen Teil der Deutschnationalen abgelehnt. Die Ratifizierung wird darauf in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Demokraten, der Deutschen Volksparteiler und Deutschnationalen angenommen. Einige Demokraten stimmen für die Ratifizierung. So Dernburg, Payer, Schultze-Gaevernitz, Herrmann-Tübingen und Vershofen. Die Gesamtabstimmung in dritter Lesung wird namentlich vorgenommen. Etwa 20 Minuten nach 1 Uhr war die Ratifizierung vom Parlament beschlossen.

Eine wichtige Kabinettssitzung in Weimar.

Schulfrage, Oberschlesien und Reichswirtschaftsminister.

Das Reichskabinett hielt heute mittag in Weimar eine Sitzung ab, in der eine Reihe wichtiger Fragen auf der Tagesordnung stand. An der Sitzung nahmen der preußische Ministerpräsident Hirsch und die preußischen Minister Heine und Haenisch teil. Aus dieser Tatsache geht hervor, daß auch die Schulfrage und die oberschlesische Frage erörtert werden. In Weimar weilen übrigens auch Staatskommissar Winnig, Reichskommissar Hörsing und eine Reihe von Herren aus Breslau, unter anderen der Breslauer Polizeipräsident Voigt, Oberpräsidialrat Schimmelpfeng, Regierungsrat Prescher und der Vertreter des schlesischen Volksrats Eggert. Das Kabinett dürfte sich in seiner heutigen Sitzung auch mit dem Rücktritt des Reichswirtschaftsministers Wissell beschäftigen und vielleicht schon seinen Nachfolger bestimmen.

Die Sitzung der Nationalversammlung, in der der Ministerpräsident Bauer und der Reichsminister des Aeußeren Hermann Müller ihre Progr. mreden halten werden, wird voraussichtlich am kommenden Dienstag stattfinden.

Eine Mittagszeitung weiß zu berichten, daß die Regierung die große Vermögensabgabe bis zum nächsten Jahre verschieben wolle. Diese Nachricht ist falsch. Das Reichsfinanzministerium ist im Gegenteil entschlossen, die Vermögensabgabe so schnell als nur irgend möglich in die Tat umzusetzen.

Breslaus Zukunft.

Von unserem Sonderberichterstatter

Fritz Engel.

Das neue Oberhaupt der früheren Residenzstadt Breslau, Dr. Wagner hat gar nichts vom „Oberbürgermeister" an sich. Er ist kein weißhaariger alter Herr, der ungeheure Ehrfurcht einflößt, er trägt kein Barett und seine vielgefältelte Halskrause und zwischen den alten Bildern im Rathaus nimmt er sich fremd aus. Er ist ein junger Mann, etwa ein Vierziger, und ist ein Lehrerssohn aus Apolda. Er könnte ebensogut Amtsrichter oder Arzt sein und läßt hinter einem Zwicker höchst lebendige Augen sehen. Als ich ihn im vorigen Jahre sprach, war er noch Stadtrat, einer von vielen. Im Kriege hat er sich um die Lebensmittelversorgung sehr verdient gemacht. Seine Gewandtheit und Initiative zeigten sich auch sonst, nicht zuletzt im Verkehr mit den Fraktionen des Rathauses. Als dann der Novembersturm sogar, konnte sich der bisherige Oberbürgermeister Matting, vor Jahren Bürgermeister in Charlottenburg, nicht mehr halten. Er schied aus seiner Stellung, in der er durch die Anspannungen des Krieges müde geworden war, und ist jetzt Rechtsanwalt in Glatz. Die nach dem Umsturz aus den Neuwahlen hervorgegangene Stadtvertretung wählte den jungen Dr. Wagner einstimmig zum ersten Bürgermeister.

In dieser Stadtverordnetenversammlung haben die Mehrheitssozialisten, die in Paul Löbe ja auch einen ausgezeichneten publizistischen Führer besitzen, eine Stimme Majorität, und die Unabhängigen nur einen einzigen Vertreter. Der Rest verteilt sich auf die bürgerlichen Parteien. Mit Hilfe der Demokraten haben die Mehrheitssozialisten ein sicheres Uebergewicht, und es wird energisch zur Einführung notwendigster Reformen ausgenutzt. Hier ist im Bezirk einer Kommune erreicht, was etwa den leitenden Persönlichkeiten der Reichs- und preußischen Staatsregierung, und nicht nur ihnen, als Ideal vorschwebt: eine ruhige und stete Zusammenarbeit der sozialistischen und der bürgerlichen Demokratie. Ich weiß mich von jedem Heimatspatriotismus frei und fühle mich dabei mit der Auffassung der verschiedensten Kreise, wenn ich den Eindruck wiedergebe, daß die Dinge in Breslau trotz gelegentlichen rasch überwundenen Störungen nicht schlecht gehen. Die neue, im Grunde etwas verpönte Maschinerie, die neben der Gemeindeverwaltung den Volksrat vorsieht und die bei allem Respekt vor der Selbstverwaltung auch Regierungs- und Oberpräsidenten nicht ausschaltet, arbeitet glatt, weil gegenseitiges Vertrauen besteht. Von den Differenzen, die früher herrschten und anderwärts noch heute zu finden sind, ist keine Spur. Die Herren sprechen mit wirklicher Freundschaft und Achtung voneinander, und diese Empfindungen entspringen dem gemeinsamen Arbeitswillen und fördern ihn dann weiter.

Das Breslauer Straßenbild ist nicht so stürmisch wie das Berliner. Nur in der Nähe des Hauptbahnhofs macht sich das Straßenhändlertum und die weibliche Jagd nach männlichem Wild wie in Berlin bemerkbar. Der an Berliner Zustände Gewöhnte atmet auf, weil er in der Straßenbahn einen Platz findet. Die Läden sind mit Waren gewiß nicht überfüllt, aber für den Begüterten sind die Nahrungsmittel nicht so schwer und immerhin etwas billiger als in Berlin zu haben. Des Abends amüsiert man sich stark. Die Theater sind auch hier überfüllt; nicht minder an allen anderen Vergnügungsstätten drängt sich die Menge, um allerlei Gram zu vergessen oder einen gedankenlosen Ueberschuß zu lüften. Auch das Volksheer sorgt für Unterhaltung. Die Militärkapelle spielt öffentlich, und der Platz, den sie sich aussucht, ist vor den Stufen des Kaiser-Wilhelm-Denkmals, Wilhelm I., auf bronzenem Roß, blickt fremd auf die neue Zeit herab. Das Schloß drüben am Exerzierplatz, das wir Breslauer Kinder umstanden, wenn der alte Kaiser zu Besuch kam, ist nun nicht mehr ehrfurchtheischend abgesperrt. Dort, zwischen den Möbeln mit dem kronenschmuck, wirkt die Männer des von Dr. Prescher geleiteten Zentralrates für Schlesien, und es geht sehr fleißig, sehr zwanglos und gar nicht nafestätisch zu.

Das Bürgertum und die organisierte Arbeiterschaft waren kürzlich zu der großen Kundgebung für Oberschlesien vereint. Der drohende Verlust war ja nach den Erschütterungen des Krieges die besondere Sorge Breslaus, und sie wird gut gehoben sein, wenn die Volksabstimmung die Entscheidung für Deutschland gebracht haben wird. Was Breslau verlieren würde, wenn es nur noch die Hauptstadt eines Bruchteils der Provinz wäre, läßt sich in allen seinen Folgen nicht ermessen. Die Stadt hatte in den letzten Jahrzehnten schon genug Einbuße erlitten durch das Wachstum Berlins, durch die Bismarcksche Zollgesetzgebung, nicht zuletzt durch die Bevorzugung, die von der Berliner Regierung der Stadt Posen zuteil wurde, um diesem polnischen Körper ein künstliches deutsches Herz zu geben. Vor sechs Jahren, als man die Jahrhundertfeier der heute mehr als damals denkwürdigen Volkserhebung von 1813 beging, trat die Zu[illegible] zur Verjüngung besonders stark in die Erscheinung. Mit allen Opfern suchte man den Strom der Fremden herbeizuzwingen. Nachdem schon vorher die Technische Hochschule gegründet und die Universität in einem neuen klinischen Viertel erweitert worden war, kam es dann im Kriege zur neuzeitlichen Wiederbelebung der Messe und zur Gründung des Osteuropainstituts. Es war sehr an-